

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Sandro Kappe,
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Kapazitätsausbau im Justizvollzug einleiten und Arbeitsbedingungen
für die Vollzugsbediensteten endlich nachhaltig verbessern!**

Hamburgs Gefängnisse platzen aus allen Nähten und die Personalsituation im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) spitzt sich immer weiter zu.

Wie die Antworten auf unsere regelmäßigen Schriftlichen Kleinen Anfragen, zuletzt Drs. 22/16566, 22/15705, 22/14815, 22/13959 und 22/13157, immer wieder aufzeigen, sind freie Haftplatzkapazitäten insbesondere im geschlossenen Männervollzug seit Langem rar und die Mitarbeiter des Justizvollzugs massiv überlastet. Die Anzahl der psychisch kranken und psychisch auffälligen Gefangenen steigt, die Aufgaben wachsen stetig und die Personalsituation wird immer angespannter: Viele Stellen sind unbesetzt, die krankheitsbedingten Fehlzeiten weit überdurchschnittlich, die Zahl der Langzeiterkrankten (über 75 Tage) wächst seit Jahren und lag zwischen Januar und September 2024 bei durchschnittlich 75 Personen pro Monat, die Pensionierungswelle ist in vollem Gange und die Nachwuchssituation wird immer schwieriger. Lehrgänge fallen aus, weil nicht genügend geeignete Anwärter zur Verfügung stehen, die wenigen verbliebenen Lehrgänge werden mit weniger Teilnehmern besetzt und die Abbruchquote ist nach wie vor hoch. Immer wieder können in Schichten nicht alle Dienstposten besetzt werden (Drs. 22/13157, 22/5916), was zum Sicherheitsrisiko für Bedienstete und Gefangene wird und noch immer schieben Hamburgs Justizvollzugsbedienstete weit über 70.000 Mehrstunden vor sich her (Drs. 22/16566).

Und dennoch verschließt die Justizsenatorin die Augen vor der Realität. Obwohl der Senat selbst im Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2025/2026, Einzelplan 2 die Kennzahl „B_236_01_010 durchschnittliche Belegung gesamt“ für die kommenden Jahre mit 2.150 Gefangenen angibt, die im Jahre 2022 noch bei 1.901 lag, beruft er sich in der Antwort auf unsere Schriftliche Kleine Antwort, Drs. 22/16566, auf sein Standardargument: „Die Belegungszahlen im Justizvollzug unterliegen seit jeher Schwankungen. Vor diesem Hintergrund sind die Haftplatzkapazitäten so kalkuliert, dass grundsätzlich auch Belegungsspitzen abgebildet werden können.“ Wenn man bedenkt, dass die tatsächliche Belegungsfähigkeit aktuell nur bei 2.206 Plätzen liegt und davon alleine 96 in der Teilanstalt für Frauen und 196 in der Jugendanstalt Hahnöfersand für Jugendliche und Heranwachsende bestehen, läuft die Justizsenatorin Gefahr, für Männer keine freien Plätze mehr zu haben. Die weiteren Steuerungsinstrumente des Senats sind eine Bankrotterklärung: „Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente, die von der temporären oder dauerhaften Schaffung zusätzlicher Kapazitäten über Änderungen des Vollstreckungsplans bis hin zu Vollstreckungsaufschüben und -unterbrechungen reichen, werden je nach Bedarf eingesetzt.“ Es kann doch nicht sein, dass dauerhaft, wie in der Vergangenheit bereits zum Beispiel während der Coronapandemie oder während der UEFA-EURO 2024 geschehen, Haftantritte verschoben oder die Vollstreckung von (Ersatz-)Freiheitsstrafen unterbrochen werden müssen, weil in den Justizvollzugsanstalten nicht ausreichend freie Plätze vorhanden sind! Dass die 462 für Männer in der Untersuchungshaftanstalt tatsächlich zur Verfügung stehenden Plätze aktuell (30. September 2024, Drs. 22/16566) mit 526 Personen belegt sind, ist Alarmsignal genug!

Eine der Resozialisierung dienliche Binnendifferenzierung ist kaum noch möglich, selbst in der Sozialtherapeutischen Anstalt werden Untersuchungshaftgefangene und Ersatzfreiheitsstraffer untergebracht, weil es woanders keine Plätze für sie gibt. Dabei ist die Sozialtherapeutische Anstalt eigentlich dafür da, Sexualstraftäter und Gewaltverbrecher gemeinsam zu therapieren und war mal ein Erfolgsmodell, für das sich Straftäter aus dem Regelvollzug bewerben mussten (<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article117351207/In-Fuhlsbuettel-muessen-sich-Straftaeter-bewerben.html>).

Das kann weder im Sinne einer gelingenden Resozialisierung, die der beste Opferschutz ist, sein wie die Tatsache, dass man sich in der Antwort des Senats darauf beruft, dass für den Vollzug der Untersuchungshaft kein Resozialisierungsgebot besteht! Spätestens seit dem entsetzlichen Messerattentat von Brokstedt wissen wir, dass es unerlässlich ist, dass auch die Untersuchungshaftgefangenen nicht lediglich verwahrt werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. in Anbetracht der erheblich steigenden durchschnittlichen Belegung in Hamburgs Justizvollzug (Kennzahl B_236_01_010 durchschnittliche Belegung gesamt) für den geschlossenen Männervollzug die Errichtung weiterer Haftplatzkapazitäten langfristig durch bauliche Erweiterungen und zwischenzeitlich beispielsweise durch eine Wiederinbetriebnahme des Hafthauses der ehemaligen Teilanstalt für Frauen auf Hahnöfersand zu prüfen;
2. zur Ermöglichung einer bestmöglichen Therapie dafür Sorge zu tragen, dass in der Sozialtherapeutischen Anstalt in Fuhlsbüttel nur noch die Gefangenen untergebracht werden, die an der Sozialtherapie teilnehmen;
3. zu gewährleisten, dass in allen Justizvollzugsanstalten die Binnendifferenzierung wieder durchgeführt wird;
4. die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes nachhaltig zu verbessern und dafür neben der Überprüfung des Zulagensystems und der Schaffung von mehr Aufstiegsmöglichkeiten für mehr Wertschätzung eine positive Fehlerkultur einzuführen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulage wiederherzustellen und die Wahlmöglichkeit der Heilfürsorge zu schaffen;
5. zu eruieren, weshalb die durchschnittlichen Fehlzeitenquoten sowie die Anzahl der Langzeiterkrankten im Justizvollzug in den letzten Jahren so gestiegen sind (zum Vergleich siehe beispielsweise Drs. 21/16737 oder Drs. 21/14529) und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation einzuleiten;
6. der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 28. Februar 2025 zu berichten.